

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Jo Leinen zur Reaktor-
katastrophe von Tscherno-
byl: Mythos von der totalen
Beherrschbarkeit zer-
stört.

Seite 1

Erich Wolfram MdB zur
Präsidentschaftswahl in
Österreich: Waldheim
hat die Alpen-Republik
polarisiert.

Seite 3

Christa Randzio-Plath zur
Diskussion um ein Anti-
diskriminierungsgesetz: Den
Meinungsaustausch über den
richtigen Weg zur Durch-
setzung der Gleichstellung
offen austragen.

Seite 5

41. Jahrgang / B4

5. Mai 1986

Tschernobyl und die Folgen

Der Mythos von der totalen Beherrschbarkeit der Atomenergie
ist zerstört

Von Jo Leinen
Umweltminister des Saarlandes

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat den Mythos von der technischen Beherrschbarkeit der Atomenergie zerstört. Was nach dem Reaktorsicherheits-Simulationen erst in 10.- bis 14.000 Betriebsjahren denkbar erschien, ist jetzt bereits eingetreten: Der größte anzunehmende Unfall (GAU) mit dem Durchschmelzen des Reaktorkerns.

Diese Reaktorkatastrophe der Ukraine macht in mehrfacher Weise betroffen: Die Geheimniskrämerei der Sowjetunion ist völlig verantwortungslos, nicht nur gegenüber der eigenen Bevölkerung, sondern auch gegenüber vielen Nachbarstaaten. Betroffen macht auch die Tatsache, daß radioaktive Strahlen keine Grenzen kennen und selbst über mehr als 2.000 Kilometer noch zur Verseuchung der Umwelt führen. Betroffen macht darüber hinaus die Hilflosigkeit und Ratlosigkeit gegenüber einer solchen flächendeckenden Umweltverseuchung. Auf einen solchen Vorgang war niemand vorbereitet. Entsprechend bruchstückhaft und unsicher sind auch die Reaktionen der Behörden in Bonn und in den Ländern ausgefallen.

Ein wirklicher Schutz gegenüber einer radioaktiv verseuchten Atmosphäre ist kaum möglich. Obst und Gemüse gut waschen, Kleinkinder im Haus lassen, Milchkühe nicht auf die Weide führen und bei Regenwetter einen Unterschlupf suchen: Ein ungutes Gefühl bleibt dennoch, ob Jod, Caesium oder andere radioaktive Elemente nicht schon Zugang zum eigenen Körper gefunden haben, bevor die Warnungen über die Medien verbreitet werden.

Geradezu ärgerlich empfinde ich die gespielte Gelassenheit in den Reihen der Bundesregierung und der Atomlobby. „So ein Unfall“

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12-04-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortung
für Inhalt: Redaktion
Reguläre Post



kann bei unseren Atomkraftwerken nicht passieren, lautet die voreilige Devise. Nach Harrisburg beweist Tschernobyl zum zweiten Mal, daß komplizierte technische Werke nicht perfekt geplant und gehandhabt werden können. Wer Atomkraftwerke baut, muß sich des Risikos bewußt sein, daß diese durch menschlichen oder technischen Defekt weiträumige Zerstörungen anrichten können.

Mit allen Regeln der Kunst hat die Atomlobby in den vergangenen zehn Jahren versucht, dieses größte anzunehmende Risiko in die Kategorie eines vernachlässigbaren „Restrisikos“ zu verbannen. Die meisten Wissenschaftler und Techniker waren bereit, einen Faustischen Pakt einzugehen. Die Logik der Atomenergie ist von ihnen nicht zu Ende gedacht worden. Dies blieb in der Vergangenheit einigen Moralthologen und Philosophen überlassen. Warnende Stimmen, daß eine expansive Verbreitung atomarer Anlagen in dicht besiedelten Zivilisationsräumen zu einer Katastrophe führen kann, gab es schon immer. In der Vergangenheit wurden solche Stimmen überhört und übergangen.

Der Unfall von Tschernobyl wird eine Neuauflage der öffentlichen Energiediskussion nach sich ziehen. Die Konsequenzen aus diesem Unfall liegen auf dem Tisch. Die Energiepolitik darf keinen weiteren Einstieg in die Atomenergie betreiben, sondern muß einen Ausstieg aus der Atomenergie beginnen. Die zweite Generation der Atomanlagen mit dem Schnellen Brüter und der Wiederaufbereitungsanlage dürfte keine Betriebsgenehmigung erhalten. Der Vorrang der Kohle für die bundesdeutsche Energieversorgung erhält ein neues Gewicht. Wir brauchen ein Forschungsprogramm, das eine umweltfreundliche und effektive Kohleverbrennung ermöglicht. Der Unfall von Tschernobyl sollte auch daran erinnern, daß die Energieeinsparung immer noch die größte Energiequelle ist. Bei Industrieprozessen, bei der Gebäudeisolierung und bei Antriebsmotoren sind noch erhebliche Verbesserungen erzielbar, die den Energieverbrauch reduzieren können. Die Unbeherrschbarkeit der Atomenergie sollte einen neuen Antrieb zur Erforschung und Anwendung der natürlichen Energiequellen Sonne, Wasserstoff, Wind und Erdwärme geben.

Der Unfall in Tschernobyl gibt nachträglich eine Legitimation für die vielen Bürgerdemonstrationen gegen die Atomkraftwerke in unserem Land. Die Alternativen sind seit vielen Jahren aufgezeigt, nicht zuletzt durch die Enquete-Kommission „Energiepolitik“ des Deutschen Bundestages. Was bisher fehlt, ist eine tatkräftige Verfolgung und Umsetzung umweltverträglicher Energieszenarios.

(-/5.5.1986/rs/ks)

* * *

Waldheim hat die Österreicher polarisiert

Die deutschen Sozialdemokraten wünschen der Alpen-Republik am 8. Juni den
Wahlsieg von Dr. Steyrer

Von Erich Wolfram MdB
Stellvertretender Vorsitzender der deutsch-österreichischen Parlamentariergruppe
des Deutschen Bundestages

Die Bundespräsidentenwahl in Österreich ist noch nicht entschieden. Wie zu erwarten war, liegt der konservative Präsidentschaftskandidat Dr. Kurt Waldheim vorn. Mit 49,6 Prozent der abgegebenen Stimmen hat er nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt. Der sozialdemokratische Kandidat Dr. Kurt Steyrer erhielt 43,66 Prozent, die grüne Kandidatin Frau Freda Meissner-Blau, aus der SPÖ vor einiger Zeit ausgetreten, brachte es auf 5,5 Prozent. Mit 1,2 Prozent abgeschlagen endete der deutsch-nationale Kandidat Otto Scrinzi. Nun ist ein zweiter Wahlgang notwendig. Er findet am 8. Juni statt. Dann entscheidet die einfache Mehrheit. Kandidaten werden dann nur noch Waldheim und Steyrer sein.

Der Wahlausgang ist offen, obwohl der konservative Dr. Waldheim seinem Ziel viel näher ist als der sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat Dr. Kurt Steyrer. Sein im ersten Wahlgang unbefriedigendes Abschneiden liegt nicht an ihm. Er persönlich - ehemaliger Umwelt- und Gesundheitsminister im Kabinett Dr. Sinowatz - ist ein absolut integrierender Politiker, der ein würdiger Nachfolger des jetzigen Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger wäre.

Es war wohl mehr die Unzufriedenheit mit der Politik der von der SPÖ geführten Bundesregierung und deren Schwierigkeiten - zum Beispiel bei der VOEST/Linz - die sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler der Urne fernbleiben ließ. Die 5,5 Prozent der alternativen Kandidatin Meissner-Blau gehen überwiegend zu Lasten des SPÖ-Kandidaten Dr. Steyrer. Die 49,6 Prozent für Dr. Kurt Waldheim mögen für diesen Mann ein persönlicher und für die konservative ÖVP ein Erfolg sein. Österreich kann über dieses Ergebnis nicht froh sein.

Der Wahlkampf hat offenbart, was in Österreich offensichtlich vielfach verdrängt wurde: Die unbewältigte Vergangenheit. Personifiziert wird dies in dem von der konservativen ÖVP nominierten und unterstützten Kandidaten Waldheim. Seine Gedächtnislücken, seine schrittweisen Eingeständnisse, die Erklärungen des jüdischen Weltkongresses und von jugoslawischer Seite haben nicht nur zu einer einmaligen Polarisierung in Österreich geführt, sondern offensichtlich unter der Parole „jetzt erst recht“ den konservativen Kandidaten fast im ersten Wahlgang den Sieg beschert.

Waldheim zeigte sich von den Vorwürfen unbeeindruckt. Ihn störte noch nicht einmal, daß in den USA ernsthaft über ein Einreiseverbot nachgedacht und geredet wurde. Die konservative österreichische Volkspartei störte die NS-Vergangenheit ihres Kandidaten nicht. Im Gegenteil. Die ÖVP sieht in diesem Kandidaten und für den Fall seiner Wahl zum Bundespräsidenten die Chance für einen Machtwechsel in Wien. Obwohl selbst schwach und ohne überragende Führungspersönlichkeiten erhofft sich die seit sechzehn Jahren in der Opposition stehende konservative österreichische Volkspartei eine politische „Wende“ in Wien.

Der Wahlkampf war hart und oft unfair. Die Interventionen aus den USA, Israel und Jugoslawien haben Waldheim eher geholfen als geschadet. Den Gipfel der Geschmacklosigkeit leistete sich ausgerechnet Bundeskanzler Helmut Kohl. In Salzburg empfahl er den Österreichern, den ÖVP-Kandidaten Waldheim zu wählen. Ein einmaliger Vorgang deutscher Einmischung in innerösterreichische Verhältnisse.



Anerkennung in diesen Wirren verdient der noch amtierende österreichische Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger. In zwei Wahlperioden hat dieser parteilose Präsident, den Alt-Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky für dieses Amt vorgeschlagen hatte, die Republik Österreich mit viel moralischer Kraft und Autorität repräsentiert. Kirchschläger – ein kluger, feinfühlig, einführender und international erfahrener und geachteter Bundespräsident – hat das österreichische Volk würdig vertreten. Auch wir Deutschen haben diesem Mann viel zu verdanken.

Waldheim hat hingegen mit seiner Kandidatur das österreichische Volk polarisiert. Schon heute ist der innen- und außenpolitische Schaden unübersehbar.

Der sozialdemokratische Kandidat Dr. Kurt Steyrer hatte es nicht leicht. Am Anfang gab es Rätsel und öffentliche Diskussionen über den richtigen Kandidaten. Viele Namen wurden gehandelt. Dann wurde Steyrer von Teilen seiner Partei nicht so unterstützt, wie er es von Beginn des Wahlkampfes gebraucht hätte. Erst in der letzten Runde wurde die Stammwählerschaft munter. Aber es reichte am 4. Mai eben nicht, die rund 45 Prozent eigener Stammwähler für eine absolute Mehrheit erforderlichen zusätzlichen Stimmen zu gewinnen. Die 5,5 Prozent der alternativen Kandidatin Meissner-Blau ging sicher überwiegend zu Lasten seines Wahlkontos. Das wird den Arzt, der für „Versöhnung statt Spaltung“ eintritt, nicht entmutigen, bewußt hat er diese „Rau-Aussage“ übernommen. Bei größter und letzter Kraftanstrengung wird es ihm im zweiten Wahlgang am 8. Juni vielleicht doch noch gelingen, eine knappe Mehrheit vor Waldheim zu erringen und österreichischer Bundespräsident zu werden.

Ein Wahlsieg von Dr. Kurt Steyrer wäre für die Republik Österreich gut. Er würde dem internationalen Ansehen Österreichs dienen. Das wünschen wir deutschen Sozialdemokraten unseren österreichischen politischen Freunden und der Republik Österreich.

(~/5.5.86/ks/fr/rs)

* * *



Zur Diskussion um ein Antidiskriminierungsgesetz

Offen über den richtigen Weg zur Durchsetzung der Gleichstellung diskutieren

Von Christa Randzio-Pfath

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Die AsF begrüßt ausdrücklich, daß es ein breites Einverständnis unter den Frauen aus den verschiedenen Parteien, Organisationen und den autonomen Frauen gegen die frauenfeindliche Politik der derzeitigen Bundesregierung gibt. Diese Gemeinsamkeiten kommen auch in der neu entflammten Diskussion um ein Antidiskriminierungsgesetz zum Ausdruck. Mit ihrem Entwurf haben die Grünen aufgegriffen, was bereits seit 1976/77 gefordert wird.

Die Frauen in der SPD setzen sich seit dieser Zeit für die gezielte Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen gegen die Benachteiligung der Frauen ein. In erster Linie geht es uns darum, den Frauen zu den Rechten und Ansprüchen zu verhelfen, die ihnen zustehen.

Im Unterschied zu den Grünen, das zeigt ihr jetzt vorgelegter Gesetzentwurf, halten wir es für sinnvoll, zuerst alle Anstrengungen auf die Gleichstellung im Arbeitsleben zu konzentrieren. Den - mehr oder weniger - subtilen Versuchen, Frauen wieder zurück ins Heim und an den Herd zu bringen, setzen wir den klaren Anspruch der Frauen auf Ausbildung und Berufstätigkeit entgegen. Nach wie vor sind die Frauen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, beim Einstieg in den Beruf und beim Aufstieg diskriminiert. Gleichzeitig gab es noch nie zuvor so viele Frauen, die eigenes Geld verdienen wollen und in einer eigenen Berufstätigkeit, die selbstverständliche Grundlage ihrer sozialen Existenz und Anerkennung sehen. Erst wenn diese Ansprüche der Frauen tatsächlich durchgesetzt sind, ist die Gleichstellung von Frau und Mann in unserer Gesellschaft möglich.

Seit 1976 fordert die AsF deshalb die Quotierung für alle Ausbildungsplätze. Die miserable Ausbildungsplatzsituation gerade für die Mädchen muß schnellstens verbessert werden; die Arbeitgeber müssen verpflichtet werden, Ausbildungsplätze je zur Hälfte für Mädchen und Jungen vorzusehen. In diesem Punkt stimmen die Vorstellungen der AsF mit denen der Grünen überein. Die starre Quote für alle Arbeitsplätze halten wir dagegen für wenig sinnvoll. Sie kann sich gegen die Frauen richten. Wir fordern daher ein Gleichstellungsgesetz, daß das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz zu einem wirksamen Instrument gegen die Diskriminierung in den Händen der Frauen und der Betriebsräte umbaut. Über eine vorgeschaltete Generalklausel muß die „Drittwirkung“ des grundgesetzlichen Gleichstellungsgebotes eindeutig festgelegt werden.



Die geschlechtsneutrale Stellenausschreibung ist für uns ebenso Voraussetzung für die Wirksamkeit des Gesetzes wie die Umkehr der Beweislast. Betriebsräte und Arbeitgeber müssen verpflichtet werden, Förderpläne für ihren Betrieb zu erarbeiten, die unter anderem festlegen, daß in allen Beschäftigungsbereichen und auf allen Qualifikationsstufen die Stellen stufenweise bis zu 50 Prozent mit Frauen besetzt werden.

Unserer Meinung nach muß ein Gesetz zugunsten von Frauen die wichtige Rolle der Betriebsräte und Gewerkschaften zur Durchsetzung der Gleichberechtigung verankern. Diesem Anspruch wird der Entwurf der Grünen nicht gerecht. Betriebsräten und Gewerkschaften muß über das Arbeitsgerichtsgesetz die Klagebefugnis eingeräumt werden.

Völlig anderer Meinung sind wir in Bezug auf die Rolle der Frauenbeauftragten. Wir meinen in einem ersten Schritt müssen bei allen Regierungen Gleichstellungsstellen eingerichtet werden, um für alle Gruppen von Frauen, konkrete Verbesserungen in Gesetzen, Programmen und bei der Verteilung von Haushaltsmitteln zu erreichen.

Als wesentlich erachten wir die Schaffung einer übergeordneten Kontrollinstanz, einer Gleichstellungsoberbehörde, die weisungsunabhängig ist und über umfassende Befugnisse zur Ermittlung, Anordnung und Untersagung in Gleichstellungsfragen verfügt.

Die Tatsache, daß auch die AsF mit der finanziellen und personellen Ausstattung und den Kompetenzen der vorhandenen Gleichstellungsstellen unzufrieden ist, läßt uns die Bedeutung dieser Stellen für die Frauen nicht unterschätzen.

Das Artikelgesetz der Grünen trägt meiner Meinung nach eher zur Verwirrung als Klarstellung bei. Die Konzentration auf wesentliche Punkte halte ich für sinnvoller. Flankierend müßten endlich gemeinsame Anstrengungen der Bundesländer unternommen werden, die Voraussetzungen im familiären Bereich zu verbessern. Allen Eltern muß dringend ein Anspruch auf einen Kindergartenplatz eingeräumt werden. Wir sollten auch weiterhin offen über den richtigen Weg zur Durchsetzung der Gleichstellung diskutieren. Die AsF ist gesprächsbereit.

(-/5.5.1986/rs/ks)

* * *

